

Zeitung für Pirmasens und die Südwestpfalz



Schwarzer Sonntag

SV Herschberg: Verein meldet Team ab und wird bestohlen. **Seiten 8/12/13**

„Der ganz normale Wahnsinn“

Südwestpfalz: Fahrverbot für Lasterfahrer nach Vorfall auf Bundesstraße 10. **Seite 8**

Pechvogel wird Matchwinner

Fußball: SG Rieschweiler Sieger im Verbandsliga-Derby gegen FKP II. **Seite 11**



Messerattacke auf Politiker Terrorakt

Nachrichten, Seite 2

Lotsen helfen im Ahrtal

Aus Südwest, Seite 4

Tote bei Absturz von Hubschrauber

Aus aller Welt, Seite 10

Bayern überrollt Verfolger Bayer

Fußball, Seite 15

„Goldener Oktober“ für den FCK

Fußball, Seite 16

Geldautomaten: Mehr Sprengungen

Aus aller Welt, Seite 19

LETZTE MELDUNG

Gegenproteste zu Pegida-Jubiläum

DRESDEN. In Dresden hat sich gestern breiter Widerstand gegen die asyl- und ausländerfeindliche Pegida-Bewegung formiert. Mehrere Bündnisse hatten zu Gegendemonstrationen und zu Protestzügen Richtung Innenstadt aufgerufen. Auf dem Altmarkt sammelten sich die Gegendemonstranten am Nachmittag mit Transparenten, Trillerpfeifen und Rassel. Auf der anderen Seite des Platzes im Dresdner Zentrum waren die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) zusammengekommen, um ihren siebten Geburtstag zu feiern, darunter auch Grün-der Lutz Bachmann. (dpa)

HIER FINDEN SIE:

Service:	Seite 18
Rätsel:	Seite 10
Roman:	Seite 19
Horoskop:	Seite 8

Tageswetter

MORGEN	MITTAG	NACHT
5°	14°	10°

Seite 4

So erreichen Sie uns in der Redaktion

Pirmasenser Zeitung
Schachenstraße 1
66954 Pirmasens

Telefon: 06331/8005-0
Fax: 06331/8005-81
redaktion@pirmasenser-zeitung.de



Ein „Bücherhaus“ aus Poissy für Pirmasenser Partner



Ein buntes Programm hat die etwa 30-köpfige Delegation des Stadtrats der Pirmasenser Partnerstadt Poissy am Wochenende bei ihrem Besuch in der Horeb-stadt erlebt. Nach der Begrüßung am Freitagabend in „Emils Hotel“ stellte Oberbürgermeister Markus Zwick den französischen Besuchern am Samstag bei einer Stadtrundfahrt unter anderem einige markante Projekte der Stadtentwicklung vor. Beim Festakt am Samstagabend in der Festhalle wurden Gastgeschenke ausgetauscht: Karl Olive, Bürgermeister von Poissy (links), übergab dem Pirmasenser Oberbürgermeister Zwick ein kleines, gut gefülltes „Bücherhaus“ – im Gegenzug erhielten die französischen Freunde einen Bienenfuttersautomaten. Gestern überreichte Olive einen Scheck über 10 000 Euro für die Pirmasenser Feuerwehr. (Foto: Fuhser) **Seite 6**

Klare Mehrheit der Grünen für Ampel-Verhandlungen

FDP muss Gesprächen noch zustimmen – Personaldebatte löst Kritik aus

■ **BERLIN.** Drei Wochen nach der Bundestagswahl rücken Verhandlungen über eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP näher. Nachdem der SPD-Vorstand am Freitag einstimmig für Gespräche über eine Ampel-Koalition votiert hatte, stimmte gestern auch ein kleiner Parteitag der Grünen bei zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Beim Länderrat der Grünen stimmten die Parteichefs Robert Habeck und Annalena Baerbock sowie weitere Mitglieder des Sondierungsteams die Delegierten auf eine Regierungsbeteiligung ein. „Wir werden Treiberin großer Transformationsaufgaben sein“, sagte Habeck, der um ein Mandat für eine „Fortschrittsregierung“ bat. Seine Partei stehe kurz davor, zum zweiten Mal Teil einer Bundesregierung zu werden. „Es ist tatsächlich so, dass wir gerade ein Stück weit grüne Geschichte schreiben.“ Die Grünen regierten bereits von 1998 bis 2005 mit der SPD im Bund.

Baerbock hob hervor, es sei beim Thema Klimaschutz im Sondierungspapier mit SPD und Grünen wahnsinnig viel erreicht worden. In den Koalitionsverhandlungen stehe aber auch

noch einiges an Arbeit an. „Es wird immer wieder dazu kommen, dass wir auch bis in die Nacht heftig ringen“, sagte sie.

Am Freitag hatten die Ampel-Unterhändler ihr Sondierungsergebnis mit „Vorfestlegungen“ bei einigen Themen präsentiert. So soll es keine Steuererhöhungen geben und die Schuldenbremse eingehalten werden. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf zwölf Euro pro Stunde steigen. Beim Klimaschutz sind ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren

Energien und ein Kohleausstieg im Idealfall schon bis 2030 geplant.

Nach der Zustimmung von SPD und Grünen ist nun heute noch die FDP am Zug. Parteichef Christian Lindner warb für das Dreierbündnis. „Im Sondierungspapier sind viele Anliegen der FDP enthalten“, sagte er der „Bild am Sonntag“. Selten habe es eine größere Chance gegeben, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat zu modernisieren.

FDP-Generalsekretär Volker Wis-ing machte im Redaktionsnetzwerk



Wie Annalena Baerbock, Robert Habeck und Anton Hofreiter (von links) stimmte die Mehrheit der Grünen-Delegierten für Verhandlungen zur Bildung einer Ampel-Koalition. (Foto: dpa)

Deutschland (RND) klar, dass es noch zu früh sei darüber zu reden, wer Finanzminister werden soll. Ressortfragen würden am Ende erfolgreicher Koalitionsverhandlungen geklärt. Zuvor hatten FDP-Vize Wolfgang Kubicki und FDP-Fraktionsgeschäftsführer Marco Buschmann erklärt, dass sie Lindner für den besten Kandidaten für das Amt des Finanzminis-

■ **Robert Habeck selbst** nennt die Debatte um das Amt des Finanzministers „nicht hilfreich“

ters halten. Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner mahnte im TV-Sender Phoenix: „Ich finde, wir haben sehr gut gestartet, sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet. Ich würde mir wünschen, dass solche Personaldebatten unterbleiben.“ Allerdings hatte Baden-Württembergs Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) am Samstag auf Twitter schon für Habeck als Finanzminister geworben. Habeck selbst hingegen bezeichnete die Debatte in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ gestern als „nicht hilfreich“. (dpa) **Seite 3**

Union bereitet sich auf Gang in Opposition vor

Laschet ruft dazu auf, bei Fehlern der Regierung „intelligent den Finger in die Wunde zu legen“

■ **MÜNSTER.** Drei Wochen nach der historischen Wahlniederlage der Union haben Spitzenpolitiker von CDU und CSU ihre Partei auf einen Neuanfang in der Opposition eingeschworen. Unionskanzlerkandidat und CDU-Chef Armin Laschet übernahm die alleinige Verantwortung für das miserable Abschneiden der Union bei der Bundestagswahl.

„Wir haben ein bitteres Ergebnis erzielt“, sagte er am Samstag beim Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Münster. „Nichts lässt sich schön reden. Die Verantwortung trage ich als Vorsitzender und Kanzler-

kandidat.“ Und: „Den Wahlkampf, die Kampagne habe ich zu verantworten und sonst niemand.“ Die JU als Nachwuchsorganisation machte den Mutterparteien Dampf.

Laschet zeigte deutlich, dass er die Union in einer Oppositionsrolle im Bund sieht. In der Opposition sei es besonders wichtig, „gemeinsam und einheitlich aufzutreten“ und „klug und intelligent den Finger in die Wunde zu legen“, wenn eine künftige Regierung Fehler mache. CSU-Generalsekretär Markus Blume rief die Union zu einer starken Oppositionsarbeit auf. „Wir müssen jetzt die Realität anerkennen: Wir sind Opposi-

tion. Aber wir sind eine starke Opposition.“

Beim Deutschlandtag stand eine Erneuerung nach dem Absturz auf 24,1 Prozent im Mittelpunkt. Mehrere jüngere Umfragen sehen die Union aktuell sogar bei unter 20 Prozent. Die CDU will ihren Parteivorstand bei einem Sonderparteitag neu wählen. Laschet mahnte auch mit Blick auf mehrere anstehende Landtagswahlen, es müsse wieder gegen den politischen Gegner gehen und „nicht gegeneinander in der Unionsfamilie“. Er will eigene politische Ambitionen zurückstellen. Die Delegierten zollten Laschet Respekt für seine

selbstkritische Analyse. JU-Chef Tilman Kuban sprach von „brutaler Ehrlichkeit“, von „wahrer Größe“.

CSU-Chef Markus Söder hatte abgelehnt, was viele Delegierte kritisierten. Söder hatte wiederholt gegen Laschet gestichelt. In der „Welt am Sonntag“ warb er für ein neues Miteinander der Schwestern. „In Stil und Inhalt sollten wir wieder enger zusammenrücken, anstatt öffentlich übereinander zu reden.“

CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak übernahm Mitverantwortung für das Wahldebakel. Die CDU habe in allen Bereichen verloren. Eine Ursache sei mangelndes Profil. (dpa) **Seite 3**

2021 deutlich mehr Anträge auf Asyl

■ **NÜRNBERG/BERLIN.** Die Zahl der Asylanträge in Deutschland ist in diesem Jahr wieder angestiegen. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in seiner Statistik ausweist, nahm die Behörde bis Ende September 100 278 Erstanträge entgegen.

Das sind 35,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, das von der Corona-Pandemie, geschlossenen Grenzen und der Einstellung des Flugverkehrs geprägt war. Von 2016 bis 2020 waren die Zahlen gesunken.

Von den Erstantragstellern waren etwa 19,5 Prozent Kinder im Alter von unter einem Jahr, die in Deutschland geboren wurden. Die Zahl der Folgeanträge stieg nach der Übersicht der Behörde um 162 Prozent auf 31 454. Damit nahm das Bamf insgesamt 131 732 Asylanträge entgegen (plus 52,9 Prozent). (dpa)

Syrien: Arbeit an Verfassungstext

■ **GENF.** Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition sollen in den kommenden Tagen erstmals gemeinsam an einem konkreten Verfassungstext arbeiten. Das gab der UN-Syrien-Befragte Geir Pedersen gestern, am Vorabend der Gespräche, in Genf bekannt. Die Bemühungen um eine neue Verfassung für das Bürgerkriegsland laufen seit zwei Jahren. Bei den fünf bisherigen Runden unter UN-Aufsicht kam es nicht zu Textverhandlungen. Laut Pedersen verliefen die vorbereitenden Gespräche gestern „ernsthaft und offen“. (dpa)

Sea-Watch rettet rund 60 Menschen

■ **ROM.** Einen Tag nach Erreichen ihres Einsatzgebietes hat die deutsche Organisation Sea-Watch mehr als 60 Menschen im Mittelmeer aus Seenot gerettet. Darunter seien viele Kinder gewesen, schrieb Sea-Watch gestern auf Twitter. Das Einsatzgebiet der „Sea-Watch 3“ liegt vor der Küste Libyens. Zudem kamen nach Meldungen der italienischen Nachrichtenagentur Ansa gestern 49 Migranten an Sardinien Küsten an. Weitere 31 erreichten Lampedusa, 41 gingen in Sizilien an Land. (dpa)

Macron verurteilt Massaker von 1961

■ **COLOMBES.** 60 Jahre nach dem blutigen Massaker an Algeriern in Paris hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Taten als unentschuldig verurteilt. „Die Verbrechen, die in dieser Nacht (...) begangen wurden, sind für die Republik unverzeihlich“, hieß es in einem Schreiben des Élysée-Palastes vom Samstag. Frankreich erkenne seine Verantwortung an. Macron hatte zuvor an einer Gedenkveranstaltung in Colombes teilgenommen. Am 17. Oktober 1961 hatten Polizisten 12 000 Algerier festgenommen, etliche zu Tode geprügelt und weitere erschossen. (dpa)